INNERE SICHERHEIT

Fakten mit Sprengkraft - Lösungen mit Weitsicht

afd-fraktion-sachsen.de



Inhalt

Präambel

Innere Sicherheit – ein Kernthema der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Deutschland befindet sich im Jahr 2017 in einer Situation spürbarer Verunsicherung. Terror und Gewalt im In- und Ausland, zunehmende Kriminalität und überforderte Sicherheitsbehörden haben den Glauben vieler Bürger an die Funktionsfähigkeit unseres Rechtsstaates stark beschädigt. Zuletzt zeigten die Ausschreitungen Linksextremer auf dem G-20-Gipfel in Hamburg deutlich, wie sehr das Gewaltmonopol des Staates Schaden genommen hat.

Über Jahre hinweg haben die Altparteien in den Ländern Polizeistellen abgebaut, die angesichts der verschärften Sicherheitslage heute dringend benötigt werden. Sachsen ist ein Paradebeispiel hierfür. Ziel der AfD-Fraktion ist es, den Bürgern das verlorene Vertrauen zurückzugeben und die Innere Sicherheit nachhaltig und konsequent wiederherzustellen.

Durch die **schonungslose Analyse der Zustände** zeigt die AfD-Fraktion, welche Ursachen zur derzeitigen desolaten Sicherheitslage geführt haben und welche Schritte nun ergriffen werden müssen.

Die Sicherheitspolitik steht dabei in einem untrennbaren Zusammenhang mit der Zuwanderungspolitik. Solange es keine gemeinsame und wirksame europäische Grenzsicherung gibt, **müssen die deutschen Grenzen eigenständig geschützt werden**. Nur so kann der erodierenden Sicherheitslage eine zentrale Ursache entzogen werden.

In den jüngeren statistischen Berichten des Landeskriminalamtes Sachsen musste eine **anwachsende Ausländerkriminalität** in Folge der rechtswidrigen Grenzöffnung durch die Bundesregierung auch im Freistaat festgestellt werden.

Ein unabdingbarer Schritt zur Stärkung des Rechtsstaates ist eine in die Tat umgesetzte **Abschiebung von islamistischen Gefährdern und rechtskräftig abgelehnten oder straffälligen Asylbewerbern**. Eine deutlich erhöhte Rückführungsquote ist überdies unerlässlich, damit die enormen Kosten der Massenzuwanderung für den Bürger wirksam gesenkt werden können. Allein für das Jahr 2017 prognostizierte die Sächsische Staatsregierung einen Betrag von 780 Millionen Euro für Asyl und Integration - nur in Sachsen.

Die sich **ausbreitenden „No-Go-Areas" und Parallelgesellschaften**, die auch vor Sachsen nicht Halt machen (bspw. Eisenbahnstraße in Leipzig), sind ein sichtbares Zeichen für den **Kontrollverlust des Staates im Innern**. Jahrzehntelang haben die politisch Verantwortlichen diese Zustände geduldet oder durch falsche politische Korrektheit sogar befördert. Die **Wiederherstellung von Recht und Ordnung** muss nunmehr oberste Priorität haben!

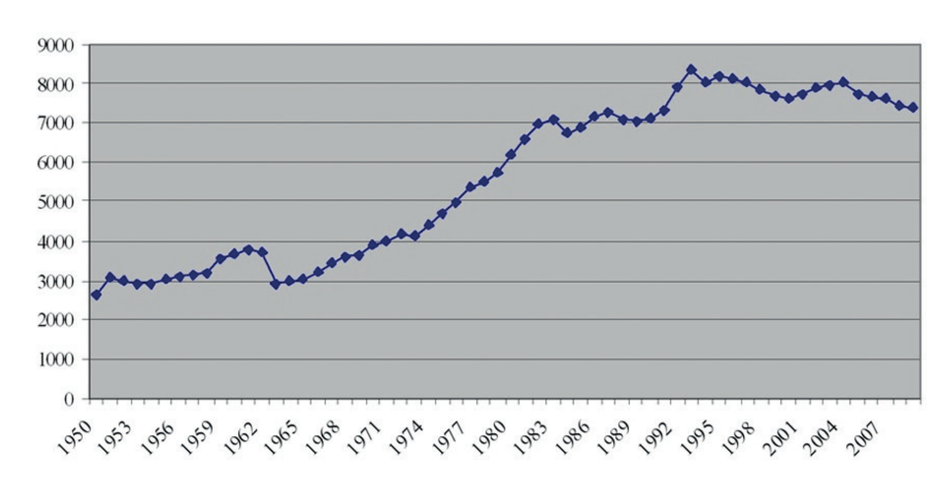
Um die Innere Sicherheit wiederherzustellen ist es zwingend notwendig, **die Landespolizei aber auch Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten personell und strukturell zu stärken**.

Gegenwärtige Aussagen der Altparteien zur Inneren Sicherheit und verschärften Asylpolitik sind zumeist lediglich von der AfD-Fraktion übernommene Forderungen.

Die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag hat die Innere Sicherheit vom ersten Tag der aktuellen Legislaturperiode an als ein Kernthema betrachtet. Insgesamt hat sie allein in diesem Bereich über 200 Kleine Anfragen, 5 Große Anfragen, 21 Anträge sowie 3 Gesetzentwürfe erarbeitet und eingebracht.

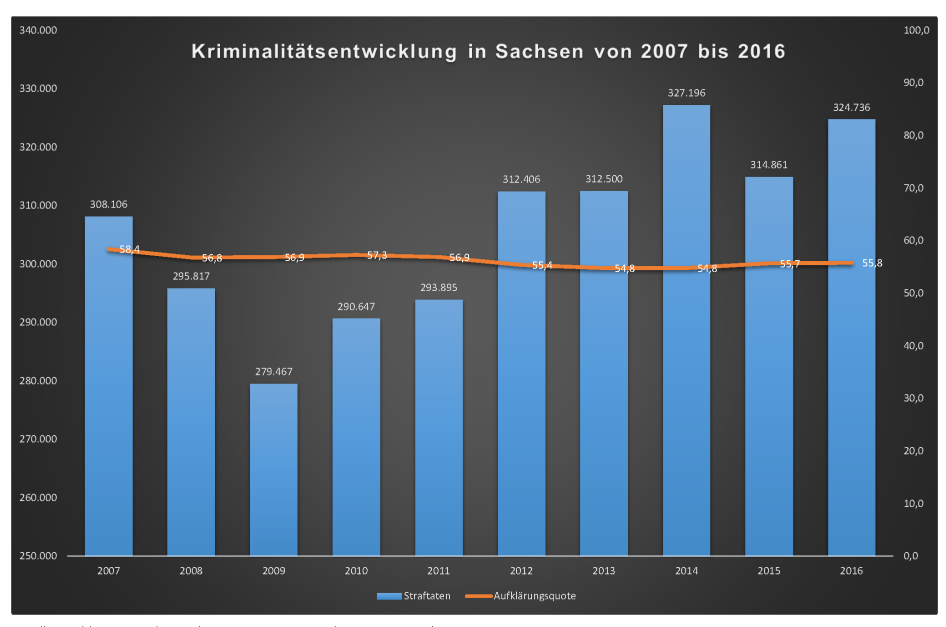
Kriminalitätsentwicklung in Deutschland und Sachsen – ein Überblick

Hier ist ein grober Überblick der historischen Entwicklung der Kriminalität in Deutschland in den Jahren 1950 bis 2009. Das Fazit lautet: Es gibt nicht nur einen gefühlten Anstieg von Kriminalität, sondern auch einen tatsächlich messbaren. Die aktuellen Entwicklungen schreiben diesen Kurs fort.



Quelle: Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik, Wiesbaden 1950 - 2009

Im Freistaat Sachsen haben wir eine Kriminalität auf einem konstant hohen Level, wobei in den letzten Jahren ein Anstieg zu verzeichnen ist.



Quelle: Zahlenmaterial Graph, Staatsministerium des Inneren Sachsen

Besorgniserregend ist in Sachsen vor allem die Entwicklung in drei Kriminalitätsbereichen:

- dem Einbruchdiebstahl,
- den Rauschgiftdelikten und
- der Gewaltkriminalität

Dies sind alles Bereiche, die dazu geeignet sind, die Innere Sicherheit und Ordnung nachhaltig zu gefährden.

Auch im Bereich der politisch motivierten Kriminalität, dort vor allem beim islamistischen Extremismus, ist seit einigen Jahren ein Anstieg festzustellen.
Auf diese und weitere Aspekte, mit denen sich die AfD-Fraktion seit ihrem Einzug in den Sächsischen Landtag detailliert auseinandergesetzt hat, wird auf den folgenden Seiten näher eingegangen.

Situation der Inneren Sicherheit in Sachsen

Als Sachsens CDU-Innenminister, Markus Ulbig, im März dieses Jahres die Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2016 vorstellte, musste er bestätigen, was die AfD-Fraktion klar prognostiziert hat.

In der Medieninformation 023/ 2017 des Sächsischen Staatsministeriums des Innern heißt es wörtlich zur Auswertung der Kriminalstatistik:

„Die jüngste Entwicklung der Kriminalität im Freistaat ist geprägt durch die Zuwanderungssituation und die gewachsene Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus. Im Freistaat Sachsen wurden im vergangenen Jahr 324.736 Straftaten registriert, 9.875 mehr als im Jahr 2015. Dieser Anstieg ist vor allem auf die gewachsene Zahl von Straftaten durch Zuwanderer zurückzuführen. […] Die veränderte Sicherheitslage stellt uns auch bei der Kriminalitätsbekämpfung vor neue Herausforderungen. Unseren Polizistinnen und Polizisten wird deshalb viel abverlangt. […]"

Welche „Herausforderungen" das sind, vor die uns die veränderte Sicherheitslage stellt und wie viel den Polizeibeamten deshalb abverlangt wird, wird auf den nächsten Seiten dargestellt. Der Übersichtlichkeit halber und im Sinne der Kürze wird dabei insbesondere auf solche Kriminalitätsaspekte eingegangen, die entweder besonders oft vorkommen oder die geeignet sind, die Innere Sicherheit und Ordnung besonders schwerwiegend zu gefährden.

Den Auswertungen liegen Zahlen zugrunde, die vom Ministerium bestätigt und überwiegend von der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag erfragt wurden bzw. aus der Polizeilichen Kriminalstatistik stammen.Es sind Zahlen, Daten und Fakten, die für sich sprechen. Jeder kann selbst Rückschlüsse daraus ziehen.

Insgesamt stellte die AfD-Fraktion an die Staatsregierung über 200 Kleine und 5 Große Anfragen, die die Innere Sicherheit betreffen.

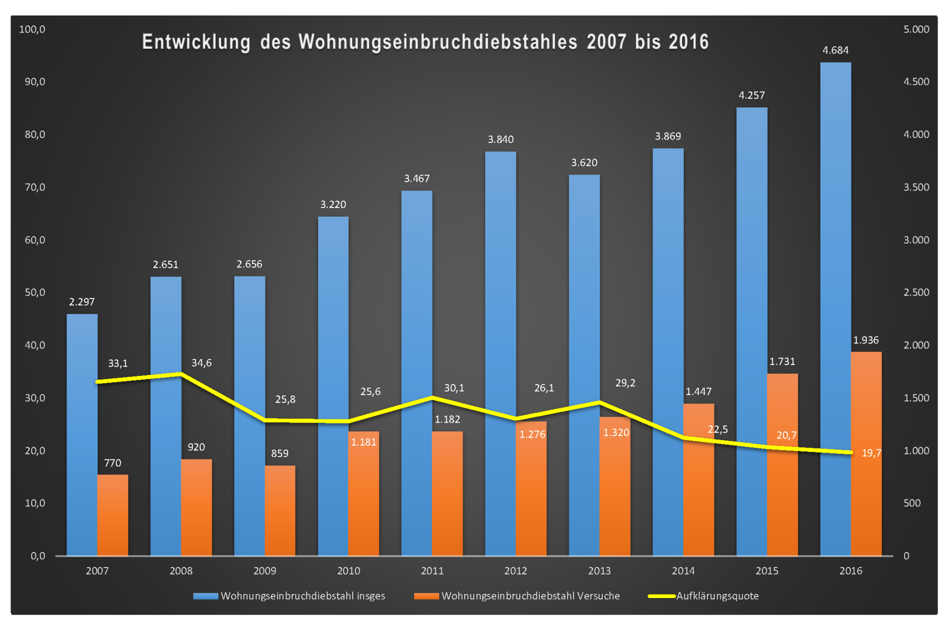
Die Fraktion thematisiert die steigende Kriminalität aber nicht nur ständig, sie bietet auch konkrete Lösungsvorschläge zur effektiven Bekämpfung.

Seit ihrem Einzug in den Sächsischen Landtag hat die AfD-Fraktion 21 Anträge und 3 Gesetzentwürfe im Bereich der Inneren Sicherheit eingebracht. Zusätzlich hat sie in den Haushaltsverhandlungen mit diversen Änderungsanträgen Mehrausgaben gefordert – alle gegenfinanziert.

Brennpunkt Einbruchdiebstahl – Verdoppelung der Delikte seit 2007

Einen Hauptschwerpunkt der Kriminalität stellt in Sachsen der Wohnungseinbruchdiebstahl dar. Hier ist die Entwicklung besonders besorgniserregend.

Grafisch dargestellt, sieht die Entwicklungen der letzten 10 Jahre wie folgt aus:



Quelle: Zahlenmaterial Graph, Staatsministerium des Inneren Sachsen

Von 2015 zu 2016 ist die Anzahl der Wohnungseinbruchdiebstähle in Sachsen um 10 % auf **4.684** (2015: 4.257) gestiegen, 1936 Taten blieben dabei im Versuch stecken. Die Aufklärungsquote lag bei gerade mal 19,7 %. Als Tatverdächtige wurden von der sächsischen Polizei insgesamt 834 Wohnungseinbrecher ermittelt. Die polizeiliche Kriminalstatistik weist jeden fünften Tatverdächtigen als Ausländer aus.

Der oben stehende Graph verdeutlicht anschaulich den kontinuierlichen Anstieg von Wohnungseinbrüchen seit Wegfall der Grenzkontrollen zu unseren östlichen

Nachbarn. Seit 2007 hat sich die Zahl der Wohnungseinbrüche und versuchten Einbrüche in Sachsen mehr als verdoppelt, wobei die Aufklärungsquote über die Jahre kontinuierlich von 33,1 % auf 19,7 % gesunken ist. Die Auswirkungen des Wegfalls der Grenzkontrollen und des damit einhergehenden Personalabbaus bei der Bundespolizei sind als deutliches Absinken der gelben Kurve zu erkennen.

Besonders vom Wohnungseinbruch betroffene Regionen sind die Großstädte Leipzig, Dresden und Chemnitz sowie die Landkreise Nordsachen und Leipzig.

Laut einer Aussage der Generali-Versicherung, dem zweitgrößten Erstversicherer Deutschlands, war Leipzig 2015 die „deutsche Hauptstadt der Wohnungseinbrüche". Eine deutschlandweite Analyse der Schadensmeldungen der Jahre 2012 bis 2015 ergaben Platz 1 für Leipzig und Platz 5 für Dresden.

Dass mit der Asylkrise die Kriminalität auch in Sachsen in dem Bereich des Wohnungseinbruchdiebstahls abermals angewachsen ist, zeigt sich daran, dass seit 2015 Tschechen und Polen von den langjährigen ersten Plätzen der ausländischen Tatverdächtigen durch Tunesier verdrängt wurden. Dies ergibt sich aus der Antwort der Staatsregierung auf eine Anfrage der AfD-Fraktion vom 04.11.2016 (vgl. Drs. 6/7037).

Die AfD-Fraktion thematisiert die immer weiter steigende Einbruchskriminalität seit ihrem Einzug in den Sächsischen Landtag nicht nur stetig, sie bietet auch konkrete Lösungsvorschläge zur effektiven Bekämpfung an.

Konkrete Lösungsvorschläge der AfD-Fraktion zur Senkung der Einbruchskriminalität:

Anträge und Plenardebatten im Sächsischen Landtag:

1. **Antrag „Musterbasierte Prognosetechnik zur Kriminalitätsbekämpfung für die Sächsische Polizei" vom 28.09.2015 (Drs.: 6/2801)**

   Gefordert wurde eine in anderen Bundesländern bereits getestete und bewährte Software. Sie dient dazu, neue Prognosetechniken für die Bekämpfung insbesondere des Wohnungseinbruchs gezielt bereitzustellen bzw. zu nutzen. Daneben ist die Software aber auch bei der Bekämpfung anderer häufiger Straftaten wie z. B. dem Autodiebstahl oder dem Diebstahl aus Kraftfahrzeugen hilfreich.

AfD wirkt! Zwischenzeitlich gibt es eine Absichtsbekundung des sächsischen Innenministers, diese Software einführen zu wollen.

2. Antrag „Schlüsse aus der Kriminalitätsstatistik 2014 ziehen - Sofortkonzept für Sicherheit in sächsischen Schwerpunktregionen auf den Weg bringen" vom 27.05.2015 (Drs.: 6/1823)

Mit diesem Antrag wurde die Staatsregierung von der Fraktion u. a. ufgefordert, ein Sofortkonzept zur wirkungsvollen Bekämpfung der Kriminalität in den Schwerpunktregionen entlang der sächsischen Außengrenzen sowie in der Stadt Leipzig zu erstellen und umzusetzen. Dieses Konzept sah u.a. die bessere Zusammenarbeit der deutschen, tschechischen und polnischen Polizei vor, indem z. B. gemeinsame Streifen dauerhaft und rund um die Uhr stattfinden.

3. Plenardebatte zu Wohnungseinbrüchen im Landtag:

Am 02. Februar 2017 hob die AfD-Fraktion das Thema Einbruchdiebstahl auf die Tagesordnung des Plenums des Landtages und führte eine Aktuelle Debatte dazu. Das wichtigste Organ des Freistaates Sachsen war so gezwungen, sich mit dem stark steigenden Kriminalitätszuwachs gerade in diesem Bereich auseinanderzusetzen. Statt nun aber endlich gemeinsam mit klarer Stimme die besorgniserregende Entwicklung anzuprangern und für Abhilfe zu sorgen, übten sich die Fraktionen größtenteils in **Realitätsverweigerung**.

Die CDU-Fraktion warf der AfD-Fraktion vor, sich mit der Thematisierung dieser Fakten in eine politische ‚Opferrolle' zu begeben und ‚unredlich' zu sein. Die Grünen meinten, dass die Bürger in Sachsen und Deutschland noch nie so sicher gelebt haben, wie in der gegenwärtigen Zeit und der Innenminister gab indirekt sogar den Opfern eine Mitschuld, weil sie sich nicht besser selber schützen würden oder sogar fahrlässig handelten. Wörtlich heißt es an einer Stelle von Innenminister Markus Ulbig (CDU) dazu:

„[…] da kann man Punkte wie Schlüssel unter dem Abstreicher oder offene Terrassentüren anführen".

CDU, SPD, Grüne und Linke wiesen zudem einen Zusammenhang zwischen verfehlter Asylpolitik und gestiegener Kriminalität im Allgemeinen kategorisch zurück – trotz vorliegender Statistiken, welche das Gegenteil beweisen.

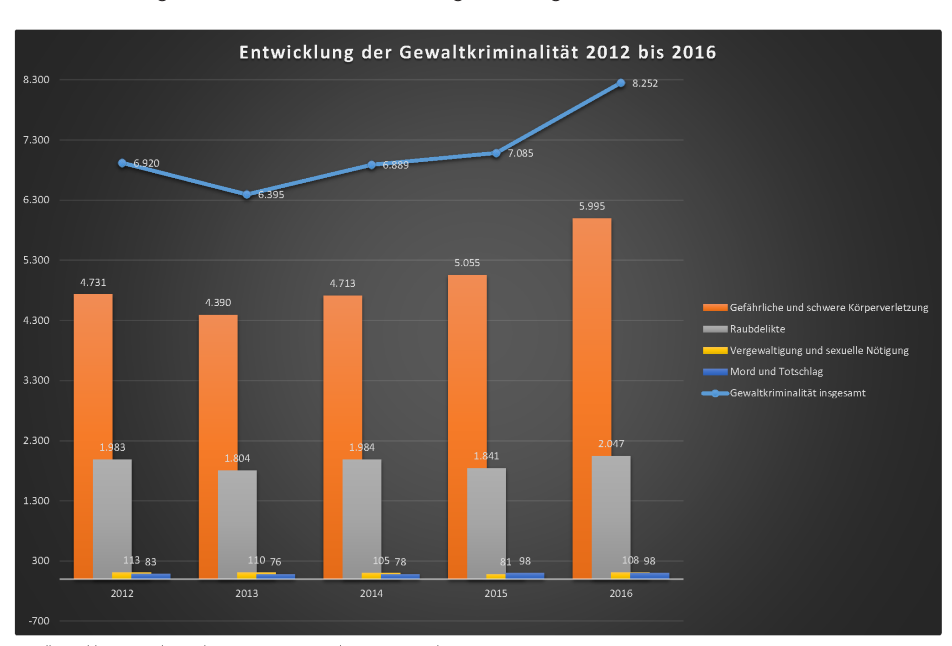
Steigende Gewaltkriminalität in Sachsen

Einen weiteren Schwerpunkt stellt der Bereich der Gewaltkriminalität in Sachsen dar.

Von 2015 zu 2016 gab es in Sachsen eine Zunahme von 1.167 Straftaten, das entspricht einer Steigerung von 14 %.

Während die Gewalttaten der deutschen Bevölkerung seit Jahren zurückgehen, ist dennoch ein Anstieg der Gewalttaten insgesamt festzustellen. Ausländische Tatverdächte überkompensieren den Rückgang der Taten durch Deutsche. Besonders hoch ist dabei insbesondere der Anteil von Asylbewerbern an den Straftaten in diesem Bereich – er beträgt 44 % (3.628 von 8.252 Fällen). Dass die Opfer der Gewalttaten ebenfalls oft Ausländer sind, ist keine Relativierung für das Problem.

Grafisch dargestellt sieht die Entwicklung wie folgt aus:



Quelle: Zahlenmaterial Graph, Staatsministerium des Inneren Sachsen

Konkrete Lösungsvorschläge der AfD-Fraktion zur Senkung der Gewaltkriminalität:

Um Körperverletzungs-, Raub-, Sexual- und Tötungsdelikte wirksam zu vermindern, ist eine Vielzahl an Maßnahmen notwendig. Die Polizei und Justiz muss besser ausgestattet sein, die Täter müssen harte und zeitnahe Strafen fürchten. Ebenfalls muss ein Schwerpunkt auf die Reduzierung der Ausländerkriminalität in diesem Bereich gelegt werden. Die AfD-Fraktion hat insgesamt umfangreiche parlamentarische Initiativen in diesen Bereichen geführt, Einzelheiten dazu sind unter den Abschnitten Wohnungseinbrüche, Sind Ausländer/Asylbewerber krimineller als Deutsche? – eine Gegenüberstellung und Angespannte Situation bei der Polizei zu finden.

Darüber hinaus leistet die **AfD-Fraktion kontinuierliche Aufklärungsarbeit über ihre Pressestelle**. In Pressemitteilungen der Abgeordneten wird immer wieder auch zu Aspekten der gestiegenen Gewaltkriminalität Stellung genommen.



Anmeldung für den Presseverteiler
http://afd-fraktion-sachsen.de/presseverteiler.html

Crystal-Meth: Das Gift, das sich durch Sachsen frisst

Rauschgiftstraftaten stellen die dritte große Schwerpunktgruppe im Bereich der Kriminalität in Sachsen dar. Insbesondere der Verkauf und Konsum von Methamphetamin, umgangssprachlich „Crystal" genannt, bereitet in Sachsen immer mehr Probleme. Es ist eine illegale Droge wie z. B. Kokain, die relativ leicht herzustellen und deshalb billig zu erwerben ist.

Was viele Konsumenten aber nicht wissen oder einfach unterschätzen: Crystal ist extrem suchterzeugend und macht unter Umständen schon beim einmaligen Konsum abhängig.

Mittlerweile wird Crystal von allen Altersgruppen konsumiert, sowohl als Party-Droge als auch zur Bewältigung von Alltags- und Berufsstress. Auch in Sachsen ist die Droge fest in der Gesellschaft angekommen.

Vor diesem Hintergrund hat die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag mehrfach nach der Drogensituation in Sachsen, insbesondere im Hinblick auf Crystal, gefragt.

Unsere **Kleine Anfrage** vom 07.02.2017 (Drs. 6/8420) hat ergeben, dass die Konsumfälle von Crystal in Sachsen durch Sucht- und Beratungsstellen erst seit 2011 erfasst werden. Der Grund dafür, dass die Staatsregierung auf diese Droge überhaupt aufmerksam wurde, lag darin, dass 2010 die Beratungsnachfrage der Crystal-Abhängigen auffallend hoch war.

Durch **weitere Anfragen** (Drs. 6/1328, 6/7276, 6/9770) konnten wir auch die Anzahl der Crystal-Konsumenten, die eine sächsische Sucht- und Beratungsstelle jährlich aufgesucht haben, ermitteln.

Danach lag die Anzahl der Hilfesuchenden **im Jahr 2011 bei 2050 Personen**, während sie sich **2016 mit 4860 Konsumenten** mehr als verdoppelt hat. Eine sehr **hohe Dunkelziffer** wird vermutet.

Ca. 30 % der Drogenkonsumenten, die von den Sucht- und Beratungsstellen jährlich erfasst werden, sind **Frauen** (Drs. 6/8423).

Das ist besonders besorgniserregend, da viele auch als Schwangere durchgehend

das Drogengift konsumieren. Seit Jahren berichten verschiedene Medien, dass die Zahl durch Crystal geschädigter Neugeborener (so genannte „Drogenbabys") in Sachsen drastisch steigt. Nach Angaben der Ärzte, ist diese dramatische Zunahme in den Regierungsbezirken Dresden, Leipzig und Chemnitz bereits seit 2007 zu beobachten.

Dies nahm die AfD-Fraktion zum Anlass, um die Staatsregierung hinsichtlich dieser Problematik anzusprechen. Dazu haben wir **mehrere Kleine Anfragen** (Drs. 6/8420, 6/8421, 6/8423, 6/5725) gestellt.

Man hat uns mitgeteilt, dass Statistiken für die Neugeborenen von crystalabhängigen Frauen kaum vorhanden sind, da die Erfassung der Crystal-Süchtigen erst seit 2011 erfolgt. Daher wird auch bei den Neugeborenen eine sehr hohe Dunkelziffer vermutet.

Im Übrigen sei über die Spätschäden dieser Dogen sehr wenig bekannt. Fest steht allerdings, dass Crystal-Neugeborene häufig untergewichtig sind, einen kleinen Kopf sowie ein kleines Gehirn aufweisen, Fehlbildungen an Herz und Nieren haben.

Auch im Bereich der Drogenkriminalität zeigt sich eine beunruhigende Entwicklung.

Mit unserer **Kleinen Anfrage** (Drs. 6/8422) konnten wir in Erfahrung bringen, dass die jährliche Menge des sichergestellten Methamphetamins in kristalliner Form (Crystal-Meth) durch die Strafverfolgungsbehörden in Sachsen von 2006 bis 2016 um das Siebenfache angestiegen ist. Trotz gesunkener Polizeikontrollen ist also sogar noch eine Zunahme der sichergestellten Mengen an Crystal zu verzeichnen.

Konkrete Lösungsvorschläge der AfD-Fraktion zur Senkung der Rauschgiftkriminalität:

Bereits im Jahr 2015 haben wir mit **unserem Antrag *„Schlüsse aus der Kriminalitätsstatistik 2014 ziehen – Sofortkonzept für Sicherheit in sächsischen Schwerpunktregionen auf den Weg bringen"*** (Drs. 6/1823) die Erstellung und Umsetzung eines Sofortkonzepts zur wirkungsvollen Kriminalitätsbekämpfung entlang der sächsischen Außengrenze gefordert.

Einer der Schwerpunkte des Antrages betraf die Droge Crystal. Da sie überwiegend in der Tschechischen Republik produziert wird, wird sie auch von dort aus nach Sachsen eingeschmuggelt.

Darüber hinaus brachten wir weitere Anträge zur Stärkung der Polizei und Justiz und zu anderen Kriminalitätsaspekten ein, die indirekt auch auf die Senkung der Drogendelikte abzielen.

Organisierte Kriminalität – auch in Sachsen zu Hause

Vielleicht haben Sie sich schon mal gefragt, was der Begriff „Organisierte Kriminalität" bedeutet?

Kurz umschrieben, versteht man unter organisierter Kriminalität (auch „OK" in der Fachsprache und umgangssprachlich „Mafia" genannt) Gruppierungen, die systematisch kriminelle Ziele verfolgen oder durch Kriminalität politischen und gesellschaftlichen Einfluss erlangen wollen.

Zu den Kriminalitätsbereichen gehören in erster Linie Drogen-, Waffen- und Menschenhandel, Wirtschafts- und Fälschungskriminalität.

Aber was wissen wir über die organisierte Kriminalität in Sachsen? In welchem Umfang gibt es diese auch in Sachsen?

Um das zu erfahren, hat die AfD-Fraktion eine **Große Anfrage** an die Sächsische Staatsregierung zum Thema ***„Organisierte Kriminalität im Freistaat Sachsen in den Jahren 2006 bis 2016"*** gestellt (Drs. 6/8753).

Man hat uns mitgeteilt, dass in den letzten Jahren insbesondere die Anzahl der Ost- und Südosteuropäer (Osteuropa werden Russland, Ukraine und Weißrussland zugeordnet; zu Südosteuropa zählen Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Bulgarien, Griechenland, Kroatien, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Rumänien, Serbien, Slowenien, Transnistrien, Ungarn und Zypern) in der organisierten Kriminalität in Sachsen deutlich gestiegen ist. 2006 handelte es sich lediglich vereinzelt um Personen aus Ost- und Südosteuropa, weil in der Zeit die meisten Kriminalitätsbereiche hauptsächlich von den Deutschen beherrscht wurden.

Die Kriminalität der Nordafrikaner soll demgegenüber zuletzt eindeutig zurückgegangen sein. Diese Antwort der Regierung überrascht ein wenig, da nach Angaben des CDU-Innenministers Ulbig gerade die Anzahl der aus den nordafrikanischen Ländern (sog. Maghrebstaaten) stammenden Inhaftierten in Sachsen seit 2016 drastisch gestiegen ist.

Den hohen Anteil nordafrikanischer Häftlinge gegenüber anderen Ausländern haben auch unsere **Kleinen Anfragen** (Drs. 6/6201, 6/9321) bestätigt.

So waren zum Stichtag 13. April 2017 in den sächsischen Gefängnissen **283 Gefangene aus Nordafrika** inhaftiert. Die meisten von ihnen aus Tunesien (128), gefolgt von Libyen (69), Marokko (61) und Algerien (25).

Die Anzahl der im Freistaat Sachsen geführten Verfahrenskomplexe im Bereich der OK hat sich von 10 im Jahr 2007 auf 20 im Jahr 2012 verdoppelt. Seitdem bewegt sich die Belastung mit 23 Verfahrenskomplexen im Jahr 2013 und 18 Verfahrenskomplexen im Jahr 2014 auf diesem Niveau. Würde man mehr Aufwand in die Bekämpfung von OK-Strukturen betreiben, dürften sich weitere Tatkomplexe erkennen lassen.

Gerade vor dem Hintergrund der Internationalität der OK, darf es Tätergruppen nicht leichter gemacht werden als nötig. Grenzkontrollen können hilfreich sein, Drogen-, Waffen- und Menschenschmuggel zu erschweren. Sie helfen dabei Diebesbanden daran zu hindern, das Diebesgut außer Landes zu schaffen und Reisetätigkeiten bekannter Tatverdächtiger zu erkennen.

Ein besseres Verständnis davon, wie sich OK-Strukturen in Gefängnissen aufbauen, würde gezielte Gegenmaßnahmen ermöglichen. Dazu braucht es allerdings ausreichend Personal in den Justizvollzugsanstalten.

Konkrete Lösungsvorschläge der AfD-Fraktion zur Senkung der Organisierten Kriminalität:

Mit dem **Antrag *„Vorbeugende Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität"*** (Drs. 6/2004) hat die AfD-Fraktion die Staatsregierung bereits 2015 zur Intensivierung der Personenkontrollen zur vorbeugenden Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität im Grenzgebiet zu Polen und Tschechien aufgefordert. Der Antrag bildete somit einen ersten Schritt in diesem Bereich.

Zum Schutz des G-7-Gipfels in Bayern im Juni 2015 wurden beispielsweise vorübergehend die Grenzkontrollen eingeführt, welche eine erfreuliche Bilanz gezeigt haben. Es wurden in dieser kurzen Zeit unzählige Verstöße festgestellt und 351 offene Haftbefehle vollstreckt.

Verkehrssicherheit – AfD-Fraktion schaut genauer hin

Wir leben in Deutschland in einer hochmobilen Gesellschaft. Auch Sachsens Straßen werden immer dichter und immer stärker befahren. Egal ob zu Fuß, mit dem Fahrrad, mit Bus und Bahn oder mit dem Auto, alle Verkehrsteilnehmer wollen sicher an ihr Ziel kommen.

Aber wie sieht es mit der Verkehrssicherheit in Sachsen aus?

Diese Frage hat sich auch die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag gestellt und ihr von Anfang an einen nicht unwesentlichen Teil der Parlamentarischen Arbeit gewidmet.

Durch **mehrere Kleine Anfragen** (z.B. Drs. 6/2971, 6/4739, 6/6763) konnten wir feststellen, **dass die Verkehrsüberwachung in Sachsen in den letzten Jahren stark abgenommen hat**.

Der Grund dafür ist kein Geheimnis: die Personaleinsparungen bei der Sächsischen Polizei haben inzwischen einen Punkt erreicht, ab dem keine effektiven Straßenverkehrskontrollen mehr gewährleistet werden können. Der Raser freut sich, der Kriminelle auch.

Auf diese unerfreuliche Tatsache hat die AfD-Fraktion bereits in einer Pressemitteilung vom August 2016 aufmerksam gemacht.

Zur Information aus dem Innenministerium, dass in den letzten 15 Jahren der Umfang an Verkehrskontrollen um drei Viertel zurückgegangen ist, erklärte damals die verkehrspolitische Sprecherin der AfD-Fraktion, Silke Grimm:

„Der Personalmangel in der sächsischen Polizei nimmt immer drastischere Formen an. Die Beamten sind nicht einmal mehr in der Lage, die Verkehrssicherheit zu überwachen, aufgrund einer von der CDU kaputtgesparten Polizei. Auch vor Schulen und Kindergärten kann kaum noch kontrolliert werden - ein Sicherheitsrisiko zum Start des neuen Schuljahres.

[…] Gerade bei Verkehrskontrollen konnten bisher viele Straftaten und Kriminelle erst entdeckt werden. Drogenhändler und Diebe melden sich nun mal nicht freiwillig bei der Polizei."

Insbesondere seit 2009 ist ein drastischer Rückgang der Anhaltekontrollen durch die sächsische Polizei zu verzeichnen. Die Abnahme der Anhalte-, Geschwindigkeits- und Alkoholkontrollen führt zwangsläufig dazu, dass auch Feststellungen von Verstößen abnehmen. Viele Straftaten bleiben unentdeckt. Die Täter kommen ungeschoren davon.

Die in den letzten Jahren gesunkenen Handy- und Gurtverstöße sind nur zum Teil auf ein vorbildliches Verkehrsverhalten der Verkehrsteilnehmer zurückzuführen – auch dank Freisprechanlagen und Gurtwarnern. Überwiegend ist die Statistik in diesem Bereich aber gesunken, weil die Polizei aufgrund akuten Personalmangels kaum noch Verkehrskontrollen durchgeführt hat.

Zu diesem Bereich stellt der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion Sebastian Wippel regelmäßig **Kleine Anfragen** (Vgl. z.B. Drs. 6/2971, 6/5467, 6/5660, 6/9208).

Weniger Polizeikontrollen bedeuten weniger Sicherheit im Straßenverkehr. Hilfsbedürftige, Kinder und Senioren sind besonders gefährdet. Die Senioren können aufgrund ihres Alters häufig nicht adäquat reagieren. Eine Straße im richtigen Moment zu queren, fällt Kindern bis ins Teenageralter schwer.

Durch unsere **Kleine Anfrage** (Drs. 6/2219) haben wir die Zahlen der alkohol- und drogenbedingten Unfällen im Straßenverkehr zwischen 2010 und 2014 in Erfahrung gebracht.

Hier sind einige Zahlen dazu:

So gab es **im Jahr 2010 mit 7.777 Trunkenheitsfahrten** die höchste Zahl, **2013 mit 6.080** – die niedrigste.

Die Anzahl der **Alkoholunfälle** pro Jahr blieb in diesem Zeitraum fast konstant und lag **zwischen 2.100 und 1.724 Unfällen pro Jahr**.

Die Anzahl der **Drogenunfälle** stieg dagegen von **2010 mit nur 68 Unfällen** auf **187 im Jahr 2014**.

Ebenso ist die Anzahl der **Drogenfahrten** von **1.637 im Jahr 2010 auf 2.351 im Jahr 2014** gestiegen.

Halten wir fest: Diese Statistiken sind ein Zeichen dafür, dass in Sachsen auch infolge zurückgegangener Polizeikontrollen immer mehr unter Drogen- und Alkoholeinfluss gefahren wird, weil die Täter keine Entdeckung und somit auch keine Konsequenzen befürchten müssen.

Die AfD-Fraktion erteilt einer weiteren Absenkung der Kontrollen eine klare Absage. Verantwortliches Handeln für die Bürger ist damit nicht zu vereinbaren.

Sind Ausländer/Asylbewerber krimineller als Deutsche? – eine Gegenüberstellung

In der allgemeinen Berichterstattung wird meistens nicht über die Herkunft von Straftätern gesprochen. Der interessierte Bürger bildet sich aber unabhängig davon in jedem Fall eine Meinung, Debatten entbrennen und es steht letztendlich doch immer wieder die Frage im Raum, wie kriminell Ausländer und Deutsche im Vergleich denn nun wirklich sind.

Hier ist eine kurze Auswertung zu Straftaten, die entweder besonders oft vorkommen oder die geeignet sind, die Innere Sicherheit und Ordnung besonders schwerwiegend zu gefährden. Rückschlüsse aus den Zahlen vermag sich jeder selbst zu ziehen! Zu beachten ist dabei, dass der Ausländeranteil in Sachsen zur Jahreswende 2015/2016 3,9 % betrug.

Wohnungseinbruchdiebstahl

Die Zahl der Wohnungseinbrüche hat sich in Sachsen von 2.227 im Jahr 2006 auf 4.257 im Jahr 2015 fast verdoppelt.

Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der ausländischen Tatverdächtigen in diesem Bereich von 7,1 % auf 22,1 % mehr als verdreifacht. Die Zahl der deutschen Tatverdächtigen ist hingegen gesunken.

Tötungsdelikte (Kl. Anfr. AfD-Fraktion 6/8762, 6/8761 und 6/9756)

2016

- 146 Tatverdächtige (insg., einschließlich Fahrlässigkeitsdelikte), 50 davon Ausländer (davon wiederum 24 Asylbewerber bzw. Geduldete), häufigste Herkunftsländer: Marokko (6), Syrien (5), Tunesien (4), Afghanistan (4)

- Tatverdächtige vollendeter Mord und Totschlag: 16 Deutsche, 17 Ausländer = **51,5 % Ausländeranteil**

- Tatverdächtige versuchter Mord und Totschlag: 48 Deutsche, 22 Ausländer

2015

- 189 Tatverdächtige, davon 62 Ausländer (davon wiederum 39 Asylbewerber bzw. Geduldete), häufigste Herkunftsländer: Tunesien (13), Syrien (8), Libyen (6)

- Tatverdächtige vollendeter Mord und Totschlag: 25 Deutsche, 13 Ausländer = **34,2 % Ausländeranteil**

- Tatverdächtige versuchter Mord und Totschlag: 52 Deutsche, 43 Ausländer

Sexualdelikte (Kl. Anfr. AfD-Fraktion 6/9907):

2016

- 1.619 Tatverdächtige, davon 284 Ausländer = **17,5 %** (bei Jugendlichen und Heranwachsenden betrug der Ausländeranteil 21,8 % bzw. 23 %)

2015

- 1.487 Tatverdächtige, davon 165 Ausländer = 11,1 %

Körperverletzungsdelikte (Kl. Anfr. AfD-Fraktion 6/9907):

2016

- 18.009 Tatverdächtige, davon 3.995 Ausländer = **22,2 %** (bei Jugendlichen und **Heranwachsenden** betrug der Ausländeranteil 29,1 % bzw. **33,5 %**)

2015

- 16.554 Tatverdächtige, davon 2.588 Ausländer = 15,6 %

Diebstahldelikte (Kl. Anfr. AfD-Fraktion 6/9907):

2016

- 24.410 Tatverdächtige, davon 7.154 Ausländer = **29,3 %** (bei Jugendlichen und **Heranwachsenden** betrug der Ausländeranteil 16,7 % bzw. **41,2 %**)

2015

- 25.335 Tatverdächtige, davon 6.694 Ausländer = 26,4 %

Konkrete Lösungsvorschläge der AfD-Faktion (insbesondere) zur Senkung der Ausländerkriminalität und Abschaffung von Fehlanreizen zur illegalen Einwanderung:

Anträge im Sächsischen Landtag:

1. **Antrag „Vorbeugende Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität“** vom 29.06.2015 (Drs.: 6/2004). Damit hat die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag vehement die Wiedereinführung von Kontrollen in Grenznähe gefordert.

2. **Antrag „Kosovo, Albanien und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten deklarieren; Vorrang von Geldleistungen einschränken“** vom 02.03.2015 (Drs.: 6/1065)

3. **Antrag „Mutige Schritte wagen - wirkliche Verbesserungen des Asylverfahrens in Gang setzen“** vom 0.11.2015 (Drs. 6/3218)

4. **Antrag „Schlüsse aus der Kriminalitätsstatistik 2014 ziehen - Sofortkonzept für Sicherheit in sächsischen Schwerpunktregionen auf den Weg bringen“** vom 27.05.2015 (Drs.: 6/1823).

Extremismus in Sachsen – Ausbreitung des Links-, Rechts- und Ausländerextremismus

Seit 2013 steigen auch extremistische Straftaten wieder an. Zuvor war ab dem Jahr 2005 ein Rückgang zu verzeichnen.

Den größten prozentualen Anstieg gab es in dem Bereich des Ausländerextremismus, er stieg von 2013 auf 2016 um das rund 20-fache (bzw. um gut 2.000 %). Dieser exorbitante Anstieg rührt daher, dass es im Jahr 2013 praktisch noch keine Delikte im Bereich des Ausländerextremismus in Sachsen gab, sie stiegen von 3 auf 65. Es handelt sich dabei um Straftaten, die einen ideologischen Hintergrund haben, dessen Ursprung im Ausland bzw. in einer Religion begründet ist.

Im Bereich des Rechtsextremismus gab es im selben Zeitraum einen Anstieg um knapp 50 %, von 1.672 Taten auf 2.468, im Bereich des Linksextremismus um knapp 9 %, von 617 auf 671 Taten.

Die meisten Straftaten im Extremismusbereich machten 2016 die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Sachbeschädigung, Volksverhetzung, Körperverletzung und Beleidigung aus.

Die häufigsten Delikte: Verwenden von verfassungswidrigen Kennzeichen und „Volksverhetzung"

Von den 2.468 Delikten im Phänomenbereich -rechts- entfallen im Jahr 2016 allein 1.381 auf das Verwenden von verfassungswidrigen Kennzeichen und 293 auf die Straftat „Volksverhetzung". Diese Delikte sind im Phänomenbereich -links- so gut wie nicht vertreten (insgesamt 17), da bspw. das Verwenden des Antifa-Zeichens nicht erfasst wird, anders als dies beim Hakenkreuz der Fall ist. Sie können selbst Bilder und Symbole von stalinistischen Massenmördern öffentlich zeigen, ohne dass dies einen Straftatbestand erfüllen würde.

Diese Differenzierung soll keine Relativierung der rechts-motivierten Delikte darstellen, sie soll aber die Ursachen für den enormen Unterschied zwischen der Deliktsanzahl auf rechter und linker Seite erklären helfen.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die Deliktzahlen ohne weitere Erklärung, nur für sich betrachtet, stark irreführend sind.

Körperverletzungs- und (keine vollendeten) Tötungsdelikte im rechten und linken Spektrum

Tatsächlich sind die Körperverletzungsdelikte im Bereich -rechts- häufiger vertreten als im Bereich -links- (48 einfache Körperverletzungen -rechts- zu 11 -links-, 72 gefährliche Körperverletzungen -rechts- zu 34 -links- im Jahr 2016).

Vollendete Tötungsdelikte im Bereich der politisch motivierten Kriminalität gab es in den letzten Jahren keine, es gab „lediglich" im Jahr 2016 im Phänomenbereich -rechts- 3 versuchte Taten und im Bereich -links- sowie -Ausländer- jeweils eine versuchte Tat. Im Jahr 2015 gab es übrigens sowohl im Bereich -rechts-, wie auch im Bereich -links- jeweils ein versuchtes Tötungsdelikt, in den ersten fünf Monaten 2017 gar keines.

Diese Zahlen verdeutlichen, dass Sachsen mitnichten von „braunen Horden" ständig terrorisiert wird und linke Täter keineswegs nur Sachbeschädigungen verüben, wie es vor allem Vertreter der Linken und Grünen glauben machen wollen. Selbstredend: auch jede einzelne Körperverletzung ist eine zu viel, genauso, wie schon der versuchte Totschlag aufs Schärfste zu verurteilen ist. Sachsen aber als „Dunkeldeutschland" zu bezeichnen, in dem alle Ausländer permanent um Leib und Leben fürchten müssen und politisch rechtsmotivierte Tötungsdelikte an der Tagesordnung seien, ist einfach nur falsch. Zahlen sprechen eine klare Sprache.

Demnach gab es in den letzten Jahren kein einziges vollendetes rechtsmotiviertes Tötungsdelikt. Demgegenüber weist die Polizeiliche Kriminalstatistik für 2015 und 2016 in Sachsen jedoch 30 ausländische Tatverdächtige für vollendete vorsätzliche Tötungsdelikte aus.

Hartes Durchgreifen gegen -rechts- und Förderung von -links-

Der Rechtsextremismus in Sachsen wird entschieden bekämpft. Es gibt Präventionsprogramme, Projekte, medienwirksame Auftritte von Regierungsverantwortlichen und Steuergelder in Millionenhöhe, die für den Kampf gegen Rechtsextremismus ausgegeben werden. So beispielsweise durch das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz".

Im Bereich des Linksextremismus fehlt eine solche Auseinandersetzung aber gänzlich. Im Gegenteil, oft werden sogar linke Projekte mit Steuergeldern gefördert, die mitunter eine klare Scharnierwirkung zum Extremismus darstellen.

Das Ergebnis ist die offen zutage tretende linke Gewalt, wie bspw. die mehrfach gewalttätigen Angriffe auf die Polizeiwache in Leipzig-Connewitz oder auf Mandatsträger bzw. deren Büros. Außerhalb von Sachsen machten die Ausschreitungen zum G-20-Gipfel in Hamburg einmal mehr das Ausmaß linker Gewalt deutlich.

Aufklärungsquote bei -links- deutlich geringer als bei -rechts-

Besorgniserregend ist insbesondere, dass die Aufklärungsquote von Straftaten im Bereich der politisch linksmotivierten Kriminalität deutlich unter der der rechtsmotivierten liegt. Dies offenbarte die Antwort der Staatsregierung auf die **Große Anfrage** der AfD-Fraktion „Bekämpfung Links-, Rechtsextremismus und Islamismus" vom 18.01.2017 (vgl. Drs.: 6/8133).

Im Jahr 2013 gab es demnach in Ermittlungsverfahren im Phänomenbereich -rechts- eine Aufklärungsquote von 65 %, im Bereich -links- hingegen nur 29 %. Im Jahr 2014 betrug die Aufklärungsquote -rechts- 78 %, -links- 44 %. 2015 war das Verhältnis 59 % zu 24 % und 2016 54 % zu 44 %. Es werden also dauerhaft mehr als die Hälfte der rechtsmotivierten Straftaten aufgeklärt, bei linksmotivierten Straftaten ist es umgekehrt.

Linksextremistische Szene wächst deutlich

Zudem ist die Anhängerschaft der linksextremen Szene allein von 2015 zu 2016 in Sachsen von 780 auf 845 Personen angewachsen, mehr als die Hälfte davon, ca. 425 Personen, gehören der gewaltorientierten autonomen Szene an.

Die AfD-Faktion macht auf den sich ausbreitenden und gewalttätiger werdenden Linksextremismus seit ihrem Einzug in den Landtag aufmerksam, insbesondere über Anfragen und Beiträge des Sicherheitspolitischen Sprechers der Fraktion, Carsten Hütter. Dort wird dies aber nicht nur thematisiert, es werden auch konkrete Anträge zur Lösung eingebracht.

Konkrete Lösungsvorschläge der AfD-Fraktion zur Eindämmung des Extremismus:

Anträge und Große Anfrage im Sächsischen Landtag:

1. **Antrag „Verurteilung jeglicher politisch motivierter Gewalt“** vom 02.12.2015 (vgl. Drs.: 6/3458)

2. **Antrag „Linksextremismus in Sachsen - Aufklärung, Prävention und Exitstrategie“** vom 02.03.2015 (vgl. Drs.: 6/1066)

3. **Antrag „Konsequenzen aus den Gewalttaten zum G-20-Gipfel ziehen“** vom 13.07.2017 (vgl. Drs.: 6/10193)

4. **Erwirken** einer **Sondersitzung des Innenausschusses des Sächsischen Landtages zum Thema Gewalt beim G-20-Gipfel** am 03.08.2017

5. **Große Anfrage „Bekämpfung Links-, Rechtsextremismus und Islamismus“** vom 18.01.2017 (vgl. Drs.: 6/8133)

6. **Veranstaltungsreihe der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag „Extremismus in Sachsen: Ein Land im Fadenkreuz“** Vorträge und Diskussionen mit dem Journalisten Hans-Hermann Gockel sowie mit den AfD-Landtagsfraktionsmitgliedern im Jahr 2016 und 2017 an verschiedenen Orten in Sachsen.



Islamismus – die unterschätzte Gefahr für Sachsen

Spätestens seit den islamistischen Attentaten vom 18. Juli 2016 in einer Regionalbahn bei Würzburg, vom 24. Juli 2016 in Ansbach und vom 19. Dezember 2016 in Berlin ist klar, dass auch in Deutschland der radikale Islam angekommen ist. Dass dieser vor Sachsen nicht Halt macht, zeigen die Aktivitäten des vormals in Chemnitz lebenden Terrorverdächtigen Jaber AL-BAKR, dessen geplante Anschläge durch seine Festnahme am 8. Oktober 2016 vereitelt werden konnten. Zum Islamismus gehören alle radikal islamischen Strömungen, die sich in Personenzusammenschlüssen organisieren aber auch radikal-islamische Einzelpersonen.

350 Extremisten – Tendenz steigend

Das Personenpotential in diesem Bereich wächst in Deutschland und damit auch in Sachsen in den letzten Jahren beständig, es beträgt laut Verfassungsschutz ca. 350 Personen im Freistaat. 190 davon gehören dem Salafismus an (deutschlandweit ca. 9.700 Personen) eine besonders radikale Form des Islamismus. Der größte Teil des islamistischen Personenkreises stammt aus den Maghreb-Staaten, aus dem Irak, aus Afghanistan und Syrien bzw. ist nordkaukasischer Volkszugehörigkeit. Den Schwerpunkt salafistischer Bestrebungen bildete in Sachsen im Jahr 2016 die Al-Rahman-Moschee Leipzig, die gleichzeitig die größte Moscheegemeinde im Land ist. Der Imam dieser Einrichtung, Hassan DABBAGH, ist ein überregional bekannter Vertreter des politischen Salafismus in Deutschland.

„Muslimbruderschaft und Sächsische Begegnungsstätten"

Im Bereich des Islamismus spielt generell auch die in Ägypten gegründete „Muslimbruderschaft" (MB) eine nicht zu unterschätzende Rolle, die direkt oder über ihre Vertretung in Deutschland, die „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V." (IGD), auch in Sachsen Einfluss nimmt.

In der Antwort auf die **Kleine Anfrage** der AfD-Fraktion „Gebäudekäufe der Muslimbruderschaft über die Organisation „Sächsische Begegnungsstätte" (SBS)" (Drs.: 6/8424) räumte die Staatsregierung eine Einflussnahme bzw. Unterwanderung der SBS durch die „Muslimbruderschaft" ein.

Wie auch im Bereich des Linksextremismus hat die AfD-Fraktion das Thema Islamismus seit Einzug in den Landtag durch Anfragen und Debattenbeiträge aufgegriffen, so wie es keine andere Fraktion tat.

Sächsische Schülerin bei IS

Wie treffend die Prognosen und Fragen der AfD-Fraktion waren, zeigt sich u. a. an der Auswertung der **Großen Anfrage** „Bekämpfung Links-, Rechtsextremismus und Islamismus" vom 18.01.2017 (vgl. Drs.: 6/8133). Dort wollte die AfD-Fraktion bspw. in Frage 10 wissen, welche Erkenntnisse die Staatsregierung von islamistischen Aktivitäten an sächsischen Schulen hat. Insgesamt gab es laut Staatsregierung 4 Vorkommnisse, u. a. wurde eine Schülerin von einem Mitschüler zur Mitwirkung im IS angesprochen.

Im Zuge von Presseberichten Mitte Juli 2017 zu der Festnahme von 5 deutschen Frauen in Mossul, die sich der IS-Terrormiliz angeschlossen hatten, wurde nun auch über die 16 Jährige Schülerin Linda W. aus Sachsen berichtet. Diese sei kurz zuvor zum Islam konvertiert und im Sommer 2016 nach Syrien gereist, um sich dort dem IS anzuschließen.

Dieses Beispiel zeigt einmal mehr, dass der Islamismus kein Phänomen ist, das nur weit entfernt von Sachsen eine Rolle spielt, sondern in den öffentlichen Einrichtungen, Schulen und Wohnzimmern im Freistaat längst angekommen ist.

Das Justizministerium in Sachsen muss Gefahrenlage einräumen

Dass auch unsere Staatsregierung an den besorgniserregenden Fakten nicht mehr vorbeikommt, zeigt eine Stellungnahme aus dem Sächsischen Justizministerium aus dem Jahr 2016. In einer Mitteilung, die der Sächsische Justizminister anlässlich des vereitelten Anschlages des Terrorverdächtigen Jaber AL-BAKR verlautbarte, heißt es:

„[….] Der Bericht zum Fall Al Bakr führt sehr eindringlich vor Augen, dass angesichts der durch den islamistischen Terror entstandenen Bedrohungen die gesamte deutsche Sicherheitsarchitektur auf Bundes- wie auf Länderebene herausgefordert ist. […] Die zunehmende Zahl ausländischer und extremistischer Gefangener stellt die Justizvollzugsbediensteten vor ganz neue Herausforderungen. […]"

Umstände, auf die die AfD-Fraktion schon lange hinwies, hat das Ministerium bestätigt. Dass dies jedoch medial wenig aufgegriffen wurde, zeigt, wie wichtig die weitere Thematisierung dieser Aspekte durch die Fraktion auch in Zukunft ist.
Dies wird sie weiterhin mit entschiedener Deutlichkeit tun.

Angespannte Situation bei der Polizei

Seit ihrem Bestehen legte die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag einen ihrer Schwerpunkte auf die Personal- und Ausstattungssituation der sächsischen Polizei.

Nur eine gut aufgestellte und ausgestatte Polizei kann ihre Arbeit effektiv erledigen, alles andere ist Makulatur.

Gescheiterte ‚Polizeireform2020'

Die ‚Polizeireform 2020' in Sachsen sah weitreichende Einsparungen bei der Polizei vor. Dies erfolgte zu Lasten der Inneren Sicherheit und Ordnung, wie wir aktuell feststellen können. Der steigenden Kriminalität kann nicht ausreichend Einhalt geboten werden.

Der Ex-CDU-Innenminister Markus Ulbig hat mit seinem starren Festhalten an der ‚Polizeireform 2020' die Entwicklung des Personalnotstandes verschlafen und erst viel zu spät und halbherzig umgesteuert.

Als Folge der Fehlpolitik können Straftaten oft nicht ausreichend schnell und gründlich bearbeitet werden, es sammeln sich bei den Polizisten viele Überstunden an, die zunehmend ohne Ausgleich verfallen. Auch der Krankenstand nimmt letztendlich durch Überlastung einer alternden Belegschaft zu. Demotivation und häufig auch Frustration sind so bei den Ordnungshütern oft vorprogrammiert - ein Teufelskreis, den die AfD-Fraktion offensiv durchbrechen will.

<u>Folgen der angespannten Personalsituation bei zunehmender Kriminalität im Einzelnen:</u>

Überstunden – immer mehr und immer häufiger ohne Ausgleich

Laut sächsischem Landeschef der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Hagen Husgen seien im Jahr 2016 insgesamt 140.000 Überstunden bei den Bediensteten angefallen. Leider können nicht alle der gesammelten Überstunden innerhalb von einer Jahresfrist abgebaut werden und verfallen. Der finanzielle Ausgleich von Überstunden wurde seitens des Innenministers zwar angekündigt, faktisch aber seit 2015 nicht umgesetzt. Die AfD-Fraktion erfragt regelmäßig, bei wie viel Bediensteten Überstunden verfallen sind, bei wie vielen Mehrarbeit anfiel, wie viele Beamte aktuell über 60 Überstunden haben und wie viele Überstunden bezahlt worden sind.

Beispiel von Verfallenen Überstunden - März 2017

In diesem Monat verfielen bei 172 Beamten die angehäuften Überstunden, weil diese älter als ein Jahr waren. Die angehäuften Mehrarbeitsstunden wurden weder durch Freizeit abgegolten, noch finanziell vergütet.

Gleichzeitig wurde in 593 Fällen zwar mehr als das „Soll" gearbeitet, aber eine Mehrarbeitszeit von fünf Stunden in der monatlichen Abrechnung nicht erreicht, so dass diese tatsächlich geleisteten Mehrarbeitsstunden (sofort) verfallen sind. Dies offenbarte die **Kleine Anfrag**e der AfD-Fraktion Drs.: 6/9207.

Unbearbeitete Fälle bei der Polizei – insgesamt mehrere zehntausend

Im Februar dieses Jahres teilte Sachsens GdP Chef Hagen Husgen mit, dass ca. 70.000 Strafakten nicht bearbeitet werden könnten. Die Anzahl der Strafverfahren, die aufgrund der angespannten Personalsituation und der gestiegenen Kriminalität nur schleppend oder stark verzögert bearbeitet werden können, ist in jedem Fall besorgniserregend.

Krankenstand – der höchste seit 10 Jahren

Die zunehmenden Belastungen bleiben nicht ohne Konsequenzen, vor allem für den Gesundheitszustand für die älteren Bediensteten. Auch hierzu stellte die AfD-Fraktion diverse **Kleine Anfragen** (vgl. bspw. Drs.: 6/269; 6/901; 6/4570/; 6/5762; 6/6712; 6/8210).

Die Zahl durchschnittlicher Krankentage ist bei den über 51-Jährigen innerhalb von fünf Jahren von 33 auf 39 gestiegen.

Im Jahr 2016 waren insgesamt 1.330 Beamte des Polizeivollzugsdienstes mehr als drei Monate gesundheitlich so beeinträchtigt, dass sie den besonderen gesundheitlichen Anforderungen für den Polizeivollzugsdienst nicht mehr genügten.
Zusammenfassend kann man den Schluss ziehen, dass Sachsens Polizisten sehenden Auges einer prekären Situation überlassen wurden. An allen durch die Politik verursachten Problemstellen soll eine überalterte Polizei die Kohlen aus dem

Feuer holen. Seien es religiös motivierte Schlägereien in Asylunterkünften, Übergriffe von Rechtsradikalen, randalierende Linksextremisten oder so genannte Fußballfans. Jeder Beamte riskiert beinahe täglich Leib, Leben und Gesundheit. Dazu kommen Überstundenberge und Beschimpfungen bzw. Verächtlichmachungen, die sich die Bediensteten gefallen lassen müssen.

Konkrete Lösungsvorschläge der AfD-Fraktion zur Verbesserung der personellen und sächlichen Ausstattung der sächsischen Polizei:

Die AfD-Fraktion hat seit ihrem Landtagseinzug maßgebliche Aufklärungsarbeit geleistet und klare Forderungen gestellt.

Haushaltsverhandlungen – die AfD-Fraktion forderte mehr Mittel

Das **Budget für die Polizei** beträgt für das Jahr 2017 **1,049 Milliarden Euro** (Gesamthaushalt 2017 18.580 Milliarden Euro). Zum Vergleich: Das **für Asyl- und Integration** im Jahr 2017 vorgesehene Budget in Sachsen beträgt laut Auskunft des Ministeriums **780 Millionen Euro**.

Die AfD-Fraktion forderte für 2017 Mehrausgaben mit Augenmaß, aber an den entscheidenden Stellen. Beispielsweise:

- 500.000 Euro für den „Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen"
- 2.700.000 Euro für die „Aufwandsentschädigungen für Angehörige der Sächsischen Sicherheitswacht"
- 1.826.000 Euro für „Bezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst" – damit sollten 120 Polizisten zusätzlich ausgebildet werden
- 300.000 Euro für den „Erwerb von Dienst- und Schutzkleidung"

<u>Für alle Mehrforderungen gab es Vorschläge zur Gegenfinanzierung</u>. Der Freistaat Sachsen hätte sich die Mehrausgaben ohne Probleme leisten können, was insbesondere vor dem sehr hohen Budget für Asyl und Einwanderung deutlich wird. Trotzdem wurden die Anträge der AfD-Fraktion abgelehnt.

Gesetzesentwürfe der AfD-Fraktion zur Stärkung der Polizei:

Weitere Initiativen der AfD-Fraktion

1. **Antrag „Pilotprojekt ‚Distanz-Elektroimpulsgerät und Körperkamera' in der sächsischen Polizei durchführen"** vom 23.11.2016 (Drs.: 6/7142)

2. **Gesetzentwurf „Gesetz zur Änderung des Sächsischen Beamtengesetzes - Hinausschieben des Ruhestands von Polizeivollzugsbediensteten"** vom 12.06.17 (Drs.: 6/9818)

   u. v. m.

Justiz in Sachsen – AfD-Fraktion deckt Missstände auf

Weitere Akteure, die neben der Polizei für die Innere Sicherheit und Ordnung in Sachsen sorgen, sind Staatsanwälte, Richter und Mitarbeiter der Justizvollzugsanstalten (JVA). Sie alle repräsentieren die Sächsische Justiz.

Im Rahmen ihrer parlamentarischen Arbeit konnte die AfD-Fraktion Missstände wie Personalmangel, Mehrarbeit und Überstunden auch in der Sächsischen Justiz aufdecken.

Denn die „Kaputtsparpolitik" der Regierung hat auch hier ihre Spuren hinterlassen.

Besonders hervorzuheben sind allerdings die dramatischen Zustände in den sächsischen Justizvollzugsanstalten, die nicht länger hingenommen werden dürfen.

Die AfD-Fraktion thematisiert regelmäßig die Situation in den sächsischen Justizvollzugsanstalten.

Mit unserer **Großen Anfrage** vom 13.07.2016 (Drs. 6/5744) konnten wir in Erfahrung bringen, dass seit 2013 die Zahl der Mitarbeiter, welche in ihrer dienstlichen Verwendung in den JVA krankheitsbedingt dauerhaft eingeschränkt sind, kontinuierlich steigt.

Es ist kein Geheimnis, dass Folgen des Personalmangels Überlastung und Krankheiten der Mitarbeiter sind.

In den JVA führt dieser Missstand außerdem zu einer mangelnden Betreuung der Gefangenen, die dann vermehrt zu Gewaltausbrüchen untereinander und den Bediensteten gegenüber neigen.

Ein weiteres Problem sind die überfüllten Gefängnisse.

Im März 2017 hat das ARD-Fernsehen über katastrophale Zustände in den deutschen Justizvollzugsanstalten aufgrund von Überfüllungen berichtet.

In diesem Zusammenhang hat die AfD-Fraktion eine **Kleine Anfrage** vom 13.04.2017 (Drs. 6/9321) an die Staatsregierung gestellt, um die Verhältnisse in den sächsischen Justizvollzugsanstalten abzufragen.

Es hat sich herausgestellt, dass auch in Sachsen schon eine Doppelbelegung der Einzelhafträume stattgefunden hat. Zwar wird nur in Ausnahmefällen und mit Einverständnis der Gefangenen doppelbelegt. Im ersten Quartal 2017 waren jedoch allein in Zwickau die Einzelhafträume zwischen 40 und 70 Prozent doppelbelegt. Doppelbelegung ist also keine Ausnahme mehr.

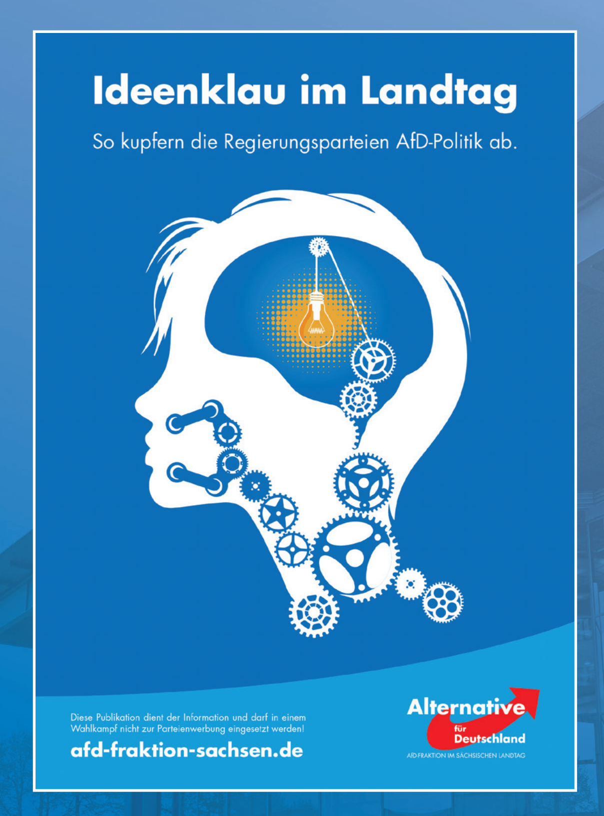
Weiterhin konnten wir in Erfahrung bringen, dass zum Stichtag 13. April 2017 **26,9 %** der Gefangenen ausländische Staatsangehörige waren. Der Anteil der Inhaftierten aus Nordafrika (sog. Maghreb-Staaten wie Algerien, Libyen, Marokko und Tunesien) lag dabei bei **7,7 %**. Die meisten ausländischen Gefangenen stammen aber aus Polen und Tschechien.

Mit einer **anderen Kleinen Anfrage** vom 14.09.2016 (Drs. 6/6454) haben wir versucht die Gründe für das Fehlverhalten der Tunesier in den sächsischen Justizvollzugsanstalten zu erfahren. Denn mit der **Kleinen Anfrage** (Drs. 6/5861) hat die AfD-Fraktion in Erfahrung gebracht, dass es im Jahr 2015 und 1.Halbjahr 2016 einen Anteil an Disziplinarmaßnahmen gegenüber Tschechen von 1,3 % gegenüber 3,6 % bei Tunesiern gab, obwohl beide Gruppen in etwa zahlenmäßig gleich vertreten sind.

Laut Regierung werden jedoch keine Statistiken über die Gründe für Auffälligkeit der Gefangenen geführt. Es bestehe außerdem kein Zusammenhang zwischen den Verhaltensauffälligkeiten des Täters und dessen Nationalität.

Missstände aufklären ist das eine, sie bekämpfen - das andere. Unsere Fraktion macht beides!

Die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag wird weiterhin einen großen Fokus auf das Thema Innere Sicherheit richten, Anfragen stellen, Anträge und Gesetzentwürfe einbringen. Wir werden für die weitere konsequente Stärkung der Polizei einstehen und den Kampf gegen die sich ausbreitende Kriminalität mit allen Mitteln unterstützen.





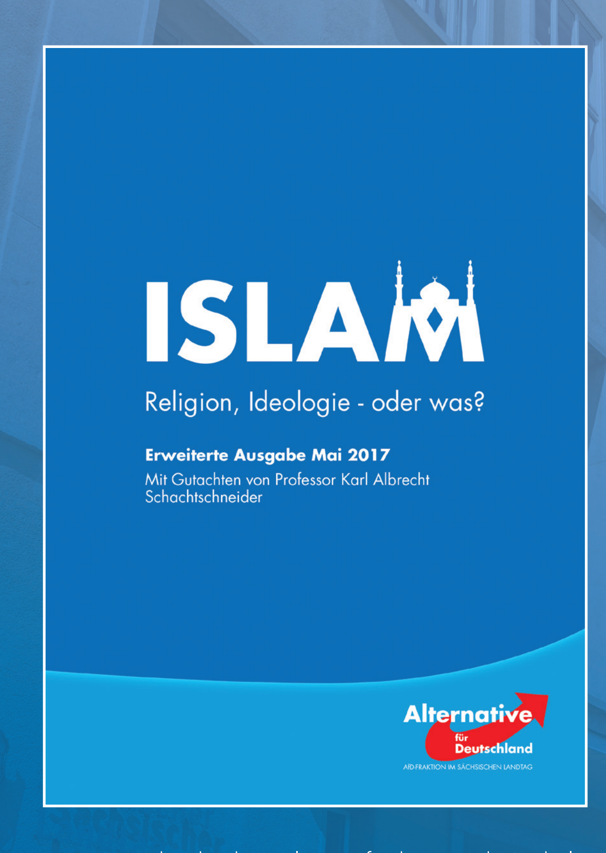
Download
als PDF

- 32 Seiten
- 2,3 MB

Die Arbeit der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag wurde seit ihrem Bestehen durch die Medien mit wenig sachlichen Argumenten, dafür aber abwertend kommentiert.

Zu erkennen ist, dass die anzutreffende parlamentarische Praxis der Regierungskoalition sowie auch der anderen Oppositionsfraktionen im Freistaat Sachsen darin besteht, sämtliche Initiativen der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag abzulehnen. Erstaunlicherweise werden jedoch die Ideen, die den parlamentarischen Initiativen der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag zu Grunde liegen, von den regierenden Fraktionen im Freistaat sowie auch auf Bundesebene genutzt (um nicht zu sagen abgeschrieben), um selbst Initiativen einzuleiten, die dann mit der einhergehenden Beweihräucherung der eigenen Leistung umgesetzt werden.

Dies darzustellen ist das Ziel dieser Broschüre!





Download
als PDF

- 116 Seiten
- 0,9 MB

Das Grundrecht der Religionsfreiheit nach Artikel 19 der Sächsischen Verfassung und Artikel 4 des Grundgesetzes ist grundsätzlich gewährleistet, kann aber zum Schutz anderer Grundrechte bzw. anderer Rechtsgüter von Verfassungsrang eingeschränkt werden. Wie für alle anderen Religionen gilt dies auch für den Islam. Er wird hierdurch unweigerlich zum politischen Thema.

Eines dürfte feststehen: Die Auseinandersetzung mit dem Islam und seinem Anspruch auf Geltung in der Gesellschaft und der Politik ist unumgänglich.

Die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag hat den notwendigen politischen Diskurs begonnen und sieht sich in der Pflicht dafür zu sorgen, die vorhandene Wertegemeinschaft auf der Grundlage der Verfassung des Freistaates Sachsen zu schützen. Diese Maxime bestimmt unsere parlamentarische Arbeit. Die vorliegende Broschüre benennt und beschreibt die von uns bisher zum vorliegenden Thema eingebrachten parlamentarischen Initiativen.

Herausgeber:

AfD Fraktion im Sächsischen Landtag

V.i.S.d.P.: Andreas Albrecht Harlaß
Pressesprecher

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden


AfD-Fraktion im Web:
afd-fraktion-sachsen.de


AfD-Fraktion bei facebook:
facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen


AfD-Fraktion bei Twitter:
twitter.com/AfD_SLT


AfD-Fraktion bei youtube:
http://bit.ly/1L9Tblf